NEWSLETTER

FRANK JAHNKE

FÜR SIE. FÜR CHARLOTTENBURG.

Aktuelle Informationen von Frank Jahnke – Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
Juni 2019

Inhalt

Inhalt	Seite
EDITORIAL	1
WIRTSCHAFT	2
Gespräche zu Klimaschutz und Elektromobilität in Oslo	2
SOLIDARISCHES GRUNDEINKOMMEN	3
Teilhabe durch Arbeit statt Hartz IV	3
CHARLOTTENBURGER GESPRÄCHE	4
»Das Beste an der DDR war ihr Ende«	4
CHARLOTTENBURGER GESPRÄCHE	5
Zukunft City-West: Hoch hinaus?	5
ERINNERUNGSKULTUR	6
Das Rote Tuch e.V.	6
MEIN AKTUELLER AUSSTELLUNGSTIPP	7
Susi, die Enkelin von Haus Nr. 4 in der Villa Oppenheim	7
TERMINVORSCHAU	8
WEITERE INFORMATIONEN	8

E-Mobilität in Berlin: Die BVG ist schon stolz auf einige elektrisch betriebene Dienstfahrzeuge. – Norwegen ist hier schon etliche Schritte weiter. Foto: Frank Jahnke

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

während dieser Tage nach der Europawahl befindet sich die SPD in einer beispiellosen Situation!

Insbesondere wegen eines Themas, das alle anderen überstrahlte, liefen der SPD vor allem die jüngeren Wählerinnen und Wähler scharenweise davon zu den Grünen: Die Angst vor dem Klimawandel. Bei ökologischen Themen genießen die Grünen ja schon wegen ihres Namens und ihrer Parteigeschichte einen Vertrauensvorschuss. Nach meinen Erfahrungen in der konkreten Zusammenarbeit mit ihnen im Abgeordnetenhaus ist dieser Vorschuss inhaltlich nicht gerechtfertigt – die Grünen sind durchaus nicht in erster Linie die »Öko-Kümmerer-Partei«, für die sie in der Öffentlichkeit stets gehalten werden, sondern eher ein Sammelbecken oft sehr spezieller Klientel-Interessen.

Doch trotz der Wahlschlappe kann dies für die SPD kein Maßstab künftiger Politik sein! Für unser Land und damit auch für die Sozialdemokratie kommt es darauf an, glaubhaft Wege aufzuzeigen, wie der ökologische Wandel sozial zu gestalten ist. Die in der SPD zweifelsohne vorhandene Kompetenz in Sachen Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik muss offensiv in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht werden!

Lesen Sie in dieser Ausgabe des Newsletters u. a., wo Deutschland in Sachen Klimapolitik von anderen lernen kann, oder wie mit dem Solidarischen Grundeinkommen in Berlin ein wichtiger Schritt gegangen wird, die Arbeitsmarktpolitik auf eine neue Grundlage zu stellen!

Eine anregende Lektüre wünscht

Ihr / Euer

Frank Jahnke

Wirtschaft

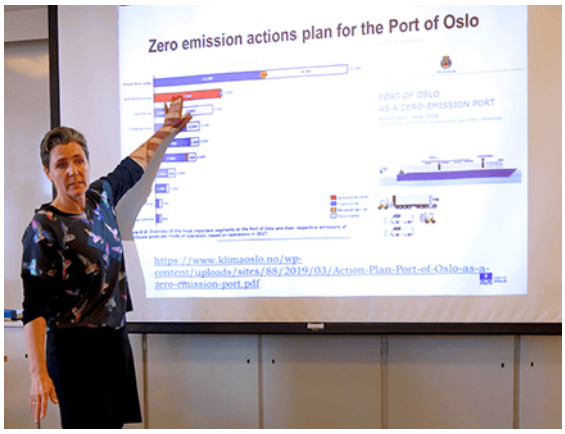
Gespräche zu Klimaschutz und Elektromobilität in Oslo

Bis 2020 wollte die Bundesregierung eine Millionen Elektrofahrzeuge auf die Straßen bringen. Während in Deutschland dieses Ziel deutlich verfehlt werden dürfte, geht Norwegen den Weg des Klimaschutzes konsequent auf allen Ebenen und verfügt bereits über einen beachtlichen Anteil an E-Mobilität. Die rot-rot-grüne Mehrheit im Wirtschaftsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses setzte daher durch, im Mai eine Ausschussreise nach Oslo zu unternehmen und vor Ort die Bedingungen dieser erfolgreichen Klima-politik zu erfahren. Ein wenig brisant, als dass der Wirtschaftsausschuss von einem Vorsitzenden repräsentiert wird, der zugleich Fraktionsgeschäftsführer der AfD ist – einer Partei also, die den menschengemachten Klimawandel hartnäckig leugnet. Glücklicherweise hielt er sich in Oslo mit diesbezüglichen Äußerungen zurück.

Nur für Elektrofahrzeuge – Parkplatz in Oslo Foto: Frank Jahnke

Die Bilanz der norwegischen Energie- und Klimapolitik ist beeindruckend. Bis Ende nächsten Jahres wird die Hauptstadt Oslo ihre Emissionen um 36 Prozent gegenüber 1990 senken. Bis 2030 sogar um 95 Prozent. Dazu hat die Stadtverwaltung ein eigenes Klimabudget eingeführt – es ist das weltweit erste dieser Art. »Wir zählen die CO2-Emissionen genauso wie das Geld«, berichtet Raymond Johansen, Bürgermeister von Oslo. »Alle Stadtteile von Oslo müssen berichten, inwieweit sie ihre Emissionen reduzieren können, mit konkreten und relevanten Zielen.«

Wir führten Gespräche mit Versorgungsunternehmen der Stadt Oslo wie auch mit der Hafengesellschaft. Vor einem Jahr im Juni 2018 wurde ein Aktionsplan beschlossen, den Hafen am Oslofjord als wichtigsten Wirtschaftsfaktor zu einem *Zero-Emission Port* auszubauen. Bereits jetzt werden in größerem Umfang elektrisch betriebene Boote im Hafen eingesetzt, und ersetzen nach und nach die älteren dieselbetriebenen Schiffe.



Im Hafen informiert sich der Berliner Wirtschaftsausschuss über das Projekt Zero-Emission-Port. Foto: Frank Jahnke

Gewiss ist Oslo mit knapp 700 000 Einwohnern eine deutlich kleinere Stadt als Berlin – wie auch der norwegische Staat, der bei annähernd gleicher Fläche wie Deutschland, eine weitaus geringere Bevölkerungszahl aufweist. Hinzu kommt eine Stromerzeugung, die sich aufgrund der großen Wasserkraftwerke leichter dekarbonisieren lässt als die hiesige, was wiederum auch den Einsatz von Elektromobilität klimafreundlicher macht.

In Oslo lässt sich lernen, wie Politik im Sinne einer ökologischen Energie- und Klimapolitik eingreifen und Prozesse vorantreiben kann. Die Stadt Oslo wie auch der norwegische Staat insgesamt setzen in großem Umfang auf Anreize und schaffen Angebote, die von der Bevölkerung gerne angenommen werden. Erst in zweiter Linie Verbote werden Verbote in Betracht gezogen. Es gibt große Parkplätze, die nur von Elektrofahrzeugen genutzt werden können, und unterhalb des Festungsberges sogar ein in den Fels gebautes Parkhaus mit Ladesäulen an jeder Parkbucht.

Bestimmte Straßen können – zumindest derzeit noch – bevorzugt von Elektrofahrzeugen benutzt werden. Hier allerdings zeigen sich Grenzen, die durch den eigenen Erfolg bedingt sind: Rund ein Drittel (31,2 Prozent) aller Neuwagen in Norwegen waren 2018 bereits reine Elektroautos – 2017 waren es noch 20,8 Prozent und 2013 erst 5,5 Prozent. Bei dieser enormen Steigerung wird sich eine weitere Privilegierung der Elektrofahrzeuge nicht unbegrenzt durchhalten lassen, aber der Zweck wird bereits zunehmend erreicht.

Eine lebendige Startup-Szene um das Thema Elektromobilität hat sich in Oslo ebenfalls etabliert. Wir führten mehrere Gespräche mit Unternehmen und Verbänden aus der Branche, angefangen mit dem Car-Sharing-Unternehmen für Elektrofahrzeuge *Nabobil AS* (was »Nachbarauto« bedeutet) bis hin zur Norwegischen Elektroautovereinigung. Die Elektromobilität beschränkt sich aber nicht nur auf Elektroautos oder –schiffe, sondern auch kleine Elektroroller, sind auf den Straßen Oslos in erheblichem Umfang anzutreffen. Das öffentliche Nahverkehrsunternehmen *Ruter AS* setzt ebenfalls in einem Umfang auf Elektrobusse, von dem die *BVG* bislang nur träumen kann.

Unter der Osloer Festung: Parkhaus für E-Fahrzeuge, auch sofort am Nummernschild erkennbar. Foto: Frank Jahnke

Solidarisches Grundeinkommen

Teilhabe durch Arbeit statt Hartz IV

Im Sommer kann das auf fünf Jahre ausgelegte Pilotprojekt zum Solidarischen Grundeinkommen (SGE) starten. Das SGE zielt darauf ab, sozialversicherte und unbefristete Arbeit für Langzeitarbeitslose anzubieten. Ende Mai hat das Berliner Parlament die Mittel zum Aufbau von bis zu 1.000 Jobs im Berliner Pilotprojekt freigegeben.

Das Solidarische Grundeinkommen ist nicht mit einem »Bedingungslosen Grundeinkommen« zu verwechseln. Vielmehr sichert das SGE einen Arbeitsplatz zu und verteilt nicht »milde Gaben«. Wer es in Anspruch nimmt, arbeitet für sein Geld. Bezahlt wird nach Tarif oder Mindestlohn, welcher demnächst in Berlin auf 11,30 Euro angehoben wird (Bund: 9,19 Euro). Ziel ist es außerdem, den Mindestlohn in Berlin bis 2021 auf 12,63 Euro zu erhöhen. Durch das SGE dürfen keine regulären Arbeitsplätze verloren gehen, wie dies ähnlich vor Aussetzung der Wehrpflicht beim Zivildienst gehandhabt wurde. Es gibt also eine gesellschaftliche Wertschöpfung im erweiterten Bereich des Bürgerservice, die wir in Berlin vermutlich schnell schätzen lernen werden. Der Vorteil des SGE ist, dass es den Erwerbscharakter von Einkommen aufrechterhält.

Das Modellprojekt zum SGE richtet sich im Prinzip an Hartz-IV-Empfänger, die zwischen ein und drei Jahren arbeitslos sind. Wenn während dieser Zeit Versuche der Integration in den ersten Arbeitsmarkt erfolglos geblieben sind, können Betroffene auf freiwilliger Basis in das Modellprojekt aufgenommen werden. Entscheidend ist, dass durch das SGE die Angst vor dem drangsalierenden Sanktionssystem genommen wird. Diese Drangsalierung ist ein wesentlicher Kritikpunkt an Hartz IV – und ein berechtigter!

Im Rahmen des Modellprojekts werden Erfahrungen gesammelt und ausgewertet. Schließlich muss man wissen, ob das SGE eine Antwort auf eine Reihe brennender sozialer Fragen sein kann, die sich in einigen Jahren durch die Digitalisierung durchaus in einem ganz neuen Rahmen stellen können. Insgesamt gibt es seit Jahren konstant knapp unter 6 Mill. Harz IV-Empfänger, wenn auch nicht jeder davon arbeitslos ist (sog. »Aufstocker«). Das SGE holt nicht nur Menschen aus der Arbeitslosigkeit, sondern es soll präventiv wirken und helfen, die Entstehung von Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern.

Michael Müller kämpft für das SGE.
Foto: Hans Kegel (SPD Berlin)

Mit Michael Müllers Solidarischem Grundeinkommen erneuert die SPD Berlin zudem eine typisch sozialdemokratische Botschaft: Wir lassen keinen zurück, auch nicht im Fall einer privaten oder gesellschaftlichen Krise! Das ist eine ganz wichtige gesellschaftspolitische Leistung – ein Baustein für eine neue, integrative Sozial- und Wirtschaftspolitik. Es ist auch eine strukturelle Vorsorge für volkswirtschaftlich weniger komfortable Zeiten.

Charlottenburger Gespräche

»Das Beste an der DDR war ihr Ende«

Tom Sello ist seit 2017 Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin. In dieser Funktion war er am 27. März zu einem Charlottenburger Gespräch zu Gast. Er sprach über seine tägliche Arbeit und die Notwendigkeit der Aufarbeitung, blickte fast 30 Jahre nach dem Mauerfall auf die damalige Zeit zurück und berichtete von seinem Leben als Systemkritiker und Oppositioneller in der DDR.

Aufarbeitung der SED-Diktatur noch nach 30 Jahren? Foto: Dierk Spreen

1957 im sächsischen Meißen geboren, zog es ihn im Alter von 22 Jahren nach Berlin, um der Enge und Spießbürgerlichkeit der Kleinstadt zu entkommen. Über gemeinsame Interessen fand er hier einen neuen Freundeskreis, aus dem sich schon bald der Kontakt in die oppositionelle Szene entwickelte.

Den Wehrdienst beschrieb er als besonders prägende Phase, die ihn später auch zum Systemwiderstand motivierte. Gerade die militärischen Machtstrukturen widersprachen dem propagierten sozialistischen Werten und veranschaulichten das wahre Gesicht des Systems. Infolge dieser Erfahrungen wollte er sich nicht als Reservist der NVA verpflichten lassen, sodass ihm ein Studienplatz verwehrt blieb.

Im Jahr 1982 initiierte er mit einem Freund eine Aktion zur Verteilung von Flugblättern gegen das neue Wehrdienstgesetz und die Militarisierung der Gesellschaft. Erst nach der Wende erfuhr er, wie dicht die Stasi damals tatsächlich an die Aufklärung der Aktion gekommen war, was drastische Konsequenzen gehabt hätte. Ab 1987 beteiligte sich Sello aktiv in der Umwelt-Bibliothek im Keller des Gemeindehauses der Zionskirchengemeinde. 1989 war er an der Aufdeckung der Fälschung der Kommunalwahlen in der DDR beteiligt und 1990 an der Besetzung des Archivs, in dem die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit lagerten, die vernichtet zu werden drohten. Als Teil dieser zivilgesellschaftlichen Bewegung schuf Sello die notwendige Grundlage, die eine spätere Aufarbeitung und Aufklärung überhaupt erst ermöglichte. Die Vernichtung dieser Unterlagen wäre nicht nur in wissenschaftlicher Hinsicht ein großer Verlust gewesen. Sie hätte die Täter geschützt und den Verfolgten die Möglichkeit genommen, Einsicht und Beweise zu erlangen.

Diese beeindruckende Biografie qualifiziert Sello in einem besonderen Maße für seine Position als Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin, über die er auch berichtete. Die Hauptaufgabe zur Aufarbeitung bestehe in der Beratung von Menschen, die unter den Repressionen der SED-Diktatur gelitten haben und nicht selten noch heute unter den Folgen leiden. Beispielsweise kann sich die damalige Verwehrung eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes langfristig auf die finanzielle Situation der Betroffenen ausgewirkt haben. Tom Sello und seine Kollegen beraten bei der Antragsstellung auf berufliche, verwaltungsrechtliche und strafrechtliche Rehabilitierung. Auch die psychischen Folgen einer damaligen Haft können ein wichtiger Faktor sein und auch hier können die Menschen durch Hilfsangebote unterstützt werden.

Diese Arbeit ist bis heute äußerst wichtig und darf nicht vernachlässigt werden. Das Gespräch mit Tom Sello veranschaulichte auch, dass wir trotz mancher Sorgen doch sehr dankbar sein können, dass die Bürgerrechtsbewegung vor 30 Jahren das Heft des Handelns in die Hand genommen hat.

»Und das beste an der DDR«, wie Tom Sello es sagte, »war ihr Ende«.

Zum Abschluss die traditionelle Tasse der Goethe15. Foto: Dierk Spreen

Charlottenburger Gespräche

Zukunft City-West: Hoch hinaus?

Die City-West gehört als historischer, lebendiger und vielfältiger Teil Berlins zum Herzen unserer Stadt. Sie ist nicht nur ein bedeutsamer Wirtschafts-, Bildungs-, und Kulturstandort, sondern auch das zu Hause vieler Berlinerinnen und Berliner. Umso wichtiger ist es, gemeinsam über die Zukunft der City-West zu diskutieren und ausgewogene Konzepte auszuloten. Aus diesem Anlass lud ich gleich drei Gäste zu meinem Charlottenburger Gespräch am 09. April in die Goethe15 ein.

Meine Gäste Gottfried Kupsch, Regula Lüscher und Daniel Buchholz. Foto: Antonia Schneider

Meine Gäste waren die Senatsbaudirektorin Regula Lüscher, Gottfried Kupsch von der AG City und Daniel Buchholz, Sprecher für Stadtentwicklung der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Dabei sollte es auch diesmal kein reines Expertengespräch sein. Umso mehr war es mir eine große Freude, viele Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis begrüßen zu dürfen, die in der offenen Atmosphäre eigene Ideen, Anregungen und auch Sorgen in das Gespräch einfließen ließen. Ein solcher Austausch zwischen den Entscheidungsträgerinnen und -trägern einerseits und den unmittelbar Betroffenen ist mir sehr wichtig. So kann eine Vielzahl von Interessen in Zukunftskonzepte einfließen, die auch sozialen Bedürfnissen gerecht werden.

Leicht jedoch wird dies nicht, denn einerseits ist Berlin eine boomende Stadt, deren Bevölkerung jährlich um ca. 40.000 Personen wächst. Der Wohnraum wird immer knapper und die Mieten sind in den letzten Jahren rasant gestiegen. Das probateste Mittel, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, ist die Schaffung neuen Wohnraums. Andererseits profitieren wir alle von den zahlreichen Grünflächen in unserer Stadt und wollen die DNA und den Charme der City-West bewahren. Exemplarisch veranschaulichen Städte wie Paris und London, dass zumindest der Stadtkern relativ unberührt bleiben kann oder es eben doch hoch hinausgeht. Allerdings wurde auch schnell klar, dass wir uns nicht zwischen diesen beiden Varianten entscheiden müssen. In einigen Fällen können Ausbauten oder Neubauten durchaus sinnvoll und wünschenswert sein und einen Beitrag zu einer modernen City-West leisten. Es ist jedoch wichtig, hohe Anforderungen an solche Projekte zu definieren und neue Konzepte in Betracht zu ziehen. So sind Supermärkte häufig sehr große und zugleich flache Gebäude, die somit eine große Fläche einnehmen. Durch Aufstockung der flachen Gebäude entsteht neuer Wohnraum.

Regula Lüscher freut sich über ihre Goethe15-Tasse. Foto: Antonia Schneider

Wenig Abhilfe verspricht indes das Wachstum in den Himmel, da insbesondere bei sehr hohen Gebäuden auch die Preise hoch hinaus wollen. Damit würde aber mehr Luxuswohnraum geschaffen, der für die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner unerschwinglich bleibt. Für den Senat ist das daher keine Option. Vielmehr ist man darauf bedacht, einen Mittelweg zu finden und standortsspezifische Bewertungen vorzunehmen.

Es gibt viele Herausforderungen und Chancen, die bei der Weiterentwicklung der City West noch vor uns liegen. Auch Themenfelder wie Digitalisierung und Umweltschutz sind dabei von großer Bedeutung und wurden an diesem Abend diskutiert. Wünschen wir uns, dass wir über diesen Abend hinaus den Dialog aufrechterhalten. Als Ihr Wahlkreisabgeordneter stehe ich Ihnen dafür jederzeit zur Verfügung!

Das Rote Tuch e.V.

Der antifaschistische Jugendpreis Das Rote Tuch wird alle zwei Jahre verliehen. Im vergangenen Jahr ging er an die Cecilien-Schule, die nächste Verleihung 2020 wird durch die Jury bereits vorbereitet. Der Verein Das Rote Tuch e.V., der es sich zur Aufgabe gesetzt hat, sowohl den Preis zu unterstützen als auch begleitende politische Bildungsarbeit zu leisten, war in diesem Frühjahr in verschiedenen Feldern aktiv: Im April organisierte der Verein eine Gedenkstättenfahrt im Bus von Charlottenburg nach Potsdam, bei der zwei Gedenkorte besucht wurden - in der Lindenstraße und in der Leistikowstraße.

Fahrt zu zwei Gedenkstätten in Potsdam

Die **Gedenkstätte Lindenstraße**, mitten im Holländerviertel in der Innenstadt von Potsdam gelegen, steht für die Geschichte politischer Verfolgung und Gewalt in den unterschiedlichen Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland, aber auch für den Sieg der Demokratie in der friedlichen Revolution 1989/90. Im einstigen Gerichts- und Gefängniskomplex stehen die Menschen, die während der NS-Diktatur, der sowjetischen Besatzungszeit und der SED-Diktatur aus politischen Gründen inhaftiert und verurteilt wurden, sowie die Menschen, die 1989/90 dazu beitrugen, die SED-Diktatur zu überwinden, im Mittelpunkt.

Typischer Vernehmungsraum der Stasi in der Lindenstraße. Foto: Frank Jahnke

Das Rote Tuch e.V. engagierte HARTMUT RICHTER, Zeitzeuge und schon als Jugendlicher Regimegegner, für die Führung. Während des Rundgangs berichtete er von seinen Erlebnissen in DDR-Haftanstalten. Nachdem er durch die Bundesregierung freigekauft worden war, konnte er zahlreichen DDR-Bürgern zur Flucht verhelfen.

Anschließend brachte uns der Bus in die **Leistikowstraße**. Diese Gedenkstätte im ehemaligen *Haus der evangelischen Frauenhilfe*, das heute wieder der Kirche gehört, befindet sich in der Nähe des Schlosses Cecilienhof, in dem im Juli 1945 die drei damals Mächtigsten der Welt über die Zukunft Deutschlands berieten. Unmittelbar danach beschlagnahmte der sowjetische KGB das Haus der evangelischen Frauenhilfe und errichtete dort seine deutsche Zentrale und ein Untersuchungsgefängnis. Für die KGB-Offiziere und ihre Angehörigen mussten auch Potsdamer aus der Nachbarschaft 1945 innerhalb weniger Stunden ihre Villen räumen. Bis zum Abzug der Alliierten 1994 lebten dort KGB-Familien, völlig abgeschottet von der Außenwelt.

Auch hier erhielten wir eine kompetente Führung durch die Zellentrakte. Tausende von Häftlingen, russische und deutsche, wurden hier jahrelang gefoltert, verhört, in andere Gefängnisse, auch in sowjetische Gulags überführt. Die Sammlung an Originaldokumenten und Fotografien geben einen erschreckenden Einblick in die Schicksale. Fast alle Inhaftierten waren wegen unbedeutender Vergehen in das Gefängnis gekommen.

Führung durch den Zellentrakt im KGB-Gefängnis Leistkowstraße. Foto: Frank Jahnke

Lesung mit DANIEL HÖRA

Ende Mai unterstützte der Verein wieder eine Autorenlesung mit einem weiteren Preisträger des *Roten Tuchs,* DANIEL HÖRA, in einer Charlottenburger Schule: In der Friedensburg-Schule las HÖRA vor Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 10 aus seinem Buch *Braune Erde*. Darin geht es um ein Dorf in Mecklenburg-Vorpommern, wo nach Schließung aller Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen eine rechtsradikale Gruppe nach und nach die Herrschaft im Ort übernimmt. Atemlos lauschten die Schülerinnen und Schüler, als

HÖRA schilderte, wie die rechtsradikale »Bürgerwehr« die Scheinhinrichtung zweier polnischer Studenten exerziert oder wie der Protagonist des Romans, ein eigentlich unbedarfter Jugendlicher aus dem Ort, unversehens in eine Neonazi-Demo verwickelt wird und selbst zuschlägt. Die Schüler und Schülerinnen interessierten sich aber auch für den literarischen Werdegang des Autors DANIEL HÖRA, seine Themenwahl und Arbeitsweise, und diskutierten hierüber lebhaft mit dem Schriftsteller.

Nach der Lesung: Autorgramme vom Autor. Foto: Frank Jahnke

Daniel Höra
Braune Erde
Hase und Igel Verlag
ISBN 978-3-86760-181-8
Schulausgabe, 256 S.
6,95 EUR

Führung durch die »Susi-Ausstellung«

Eine Aktivität besonderer Art war der **Besuch der Ausstellung *Susi, die Enkelin von Haus Nummer 4*** (vgl. folgender Ausstellungstipp). Die Autorin BIRGITTA BEHR führte auf Einladung des Vereins *Das Rote Tuch e.V.* durch die nach ihrem gleichnamigen Buch gestaltete Ausstellung. Zuvor zeigten Schülerinnen und Schüler einer 5. Klasse der benachbarten Nehring-Grundschule Arbeiten, die sie im Unterricht nach Besuch der Ausstellung gefertigt hatten und formulierten ihre für Elfjährige erstaunlich tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Thema.

Weitere Informationen und Bilder zur Gedenkstättenfahrt sowie zur Arbeit des Vereins unter www.dasrotetuch-ev.de

Mein aktueller Ausstellungstipp

Susi, die Enkelin von Haus Nr. 4 in der Villa Oppenheim

Mit dem »Haus Nummer 4« ist das ehemalige Wohnhaus am Nikolsburger Platz Nr. 4 in Wilmersdorf gemeint, das im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Doch auf dem Bürgersteig vor dem ehemaligen Haus Nr. 4 erinnert ein Stolperstein an Gertrud Cohn, die hier wohnte, von den Nazis deportiert und ermordet wurde. Dieser Stolperstein brachte BIRGITTA BEHR, Lehrerin an der ebenfalls am Nikolsburger Platz befindlichen Cecilien-Schule, auf die Spur von Gertrud Cohns Enkelin Susi Collm.

Im Herbst 1942 beschlossen Susis Eltern, sich und ihre Familie nicht deportieren zu lassen, sondern unterzutauchen. BIRGITTA BEHR schildert in ihrem Kinderbuch mit dem Titel *Susi, die Enkelin von Haus Nummer 4 und die Zeit der versteckten Judensterne*, wie die jüdische Familie Collm die Zeit des »Dritten Reiches« in verschiedenen Verstecken überlebte. In Form einer Bildergeschichte stellt die Autorin dar, wie durch ein Netzwerk von Helferinnen und Helfern, die sich damit selbst in größte Gefahr brachten, Susi und ihre Eltern den nationalsozialistischen Häschern entgingen. Susi verließ Deutschland nach dem Krieg für immer, siedelte in die USA über, wo sie bis zu ihrem Tod 2014 lebte.

Blick in die Ausstellung. Foto: Frank Jahnke

Die Bildergeschichte ihrer Kindheit wurde auf Schautafeln übertragen und durch Originaldokumente und Fotografien, die Susis noch lebender Stiefbruder Stefan Collm zur Verfügung stellte, ergänzt. So entstand eine sehr sehens-

werte Ausstellung, die insbesondere auch jüngeren Besuchern einen Zugang zu dem schwierigen Thema der Judenverfolgung im Nationalsozialismus ermöglicht.

Bei der Führung durch die Ausstellung, die der Verein *Das Rote Tuch e.V.* im Mai organisierte, waren auch Schülerinnen und Schüler der nahen Nehring-Grundschule dabei, die sich mit der Ausstellung auseinandergesetzt hatten, und eindrucksvoll unter Beweis stellten, wie schon Elfjährige gegenüber jeder Form von Intoleranz und Diskriminierung sensibilisiert werden können.

Es wäre daher wünschenswert, wenn die Ausstellung eine dauerhafte Bleibe finden könnte, was in den beengten Verhältnissen der Villa Oppenheim leider nicht möglich ist. Ich setze mich auf Bezirks- und Landesebene dafür ein, einen neuen, dauerhaften Standort für die »Susi-Ausstellung« zu finden. In der Villa Oppenheim endet die Ausstellung jedoch definitiv am 16. Juni, und es kann an dieser Stelle nur empfohlen werden, die Zeit bis dahin noch für einen Ausstellungsbesuch zu nutzen!

Die Kinder der 5. Klasse der Nehring-Grundschule lauschen gebannt der Autorin Birgitta Behr.
Foto: Frank Jahnke

Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim, Schloßstr. 55 / Otto-Grüneberg-Weg, 14059 Berlin
Di – Fr: 10 – 17 Uhr
Wochenende und Feiertage 11 - 17 Uhr
Eintritt frei

Birgitta Behr
Susi, die Enkelin von Haus Nummer 4… und die Zeit der versteckten Judensterne
ars edition
München 2016
ISBN 9783845815251
Gebunden, 112 Seiten
15,00 EUR

Terminvorschau

13. Juni	18 – 19 Uhr	Goethe15
	Bürgersprechstunde Frank Jahnke, MdA	
15. Juni	ab 14:30 Uhr Kiezfest auf dem Rüdesheimer Platz	
11. Juli	17 – 18 Uhr	Goethe15
	Bürgersprechstunde Frank Jahnke, MdA	
30. Juli	17 – 18 Uhr	Goethe15
	Rechtsberatung RA Alexander Rudolph	
08. August	18 – 19 Uhr	Goethe15
	Bürgersprechstunde Frank Jahnke, MdA	
16. August	Sommerfest ab 18 Uhr in der Goethe15 mit Vernissage des Künstlers Uwe Tabatt	

Weitere Informationen

- Zu meiner Person und Tätigkeit: www.frank-jahnke.de
- Zur Arbeit der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus: www.spd-fraktion-berlin.de

Gerne stehe ich Ihnen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Terminvereinbarungen über das **Wahlkreisbüro Goethe15**

Öffnungszeiten: Mo – Fr, 14 – 18 Uhr

Tel.: 030. 313 88 82

Mail: wahlkreisbuero@frank-jahnke.de

Goethe fünfzehn 15

V.I.S.d.P.: MdA Frank Jahnke, Wahlkreisbüro
Goethestr. 15, 10625 Berlin